



SPD will gesetzliche Regelungen überprüfen:

Mängel bei Schnee- und Eisbeseitigung dürfen sich nicht wiederholen

Der schneereichste Berliner Winter seit über 30 Jahren hat die Geduld der Berlinerinnen und Berliner auf eine harte Probe gestellt. Die mangelhafte Beseitigung von Schnee und Eis auf den Gehwegen soll sich nicht mehr wiederholen. Die SPD-Fraktion will Vorkehrungen dagegen treffen und dafür auch die bisherigen gesetzlichen Regelungen überprüfen.

Nach der von SPD und Linksfraktion beantragten gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und Umweltausschusses soll sich auch das Parlament am 25. Februar auf Antrag der beiden Fraktionen in der Aktuellen Stunde mit dem Thema befassen.

Die SPD-Fraktion ist sich mit der zuständigen Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linke) einig, dass das Straßenreinigungsgesetz konkretisiert werden muss. Hauseigentümer sollen künftig nicht mehr ihre Verantwortung abwälzen können. Es muss klare Zuständigkeiten und verbindliche Regelungen bei der Beseitigung von Schnee und Eis und der Kontrolle geben.

Straßenschäden werden beseitigt

Neben der Eisbeseitigung soll auch das Thema Straßenschäden in der Aktuellen Stunde thematisiert werden. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller hat sich für schnelle Maßnahmen ausgesprochen: "Jetzt stehen 30 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem setzt sich die Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer für eine Aufstockung der Mittel ein."

Diese Gelder sollen von den Bezirken schnell für Sofortmaßnahmen ausgegeben werden. Danach wird aber gerade nach diesem harten Winter noch zusätzliches Geld aufgebracht werden müssen. Müller geht davon aus, dass es möglicherweise sogar bis zu einer Verdoppelung der Summe kommen muss: "Es geht hier schließlich um Gefahrenabwehr".